

## Vorwort

### I. Darstellung der wissenschaftlichen Zielsetzung

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich war von gegenseitiger Unkenntnis und Missverständnissen nie ganz frei. Am 22. April 1995 hielt der deutschlandkundige Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“ Engelbert Washietl fest, dass eine ernsthafte wissenschaftliche und politische Aufarbeitung des Verhältnisses zwischen Österreich und Deutschland so gut wie nicht stattfände:

„Außer nebulösen Feststellungen, daß ohnedies alles prächtig und komplexfrei verlaufe, war bisher nichts zu hören [...]. Daß es eine österreichische Geschichte gibt, die kein Teil der deutschen ist, hat sich an deutschen Universitäten noch nicht herumgesprochen. Ein markantes Ereignis dieses Jahrhunderts – der ‚Anschluß‘ vom 13. März sowie der vorausgegangene militärische Einmarsch der deutschen Armee in Österreich wurde vom offiziellen Bonn 1988 schweigend übergangen – offenbar wußte niemand, was man dazu sagen soll.“

In diesen gewiss etwas überpointiert formulierten Sätzen liegt ein – heute noch gültiger – wahrer Kern, insbesondere für den Umgang mit dem Thema in der Bundesrepublik, aber auch in Österreich. Während in Deutschland das Interesse an der eigenständigen jüngeren und jüngsten Geschichte Österreichs eher gering war und ist, fehlte es in Österreich lange Zeit am Bewusstsein oder an der Bereitschaft, dem Gemeinsamen und den Unterschieden nach 1945 nachzuspüren. Dieses Buchprojekt versucht für den akademisch-wissenschaftlichen Bereich das Gegenteil von dem zu erreichen, was Washietl sehr pauschal kritisierte.

#### 1. Der Vergleich als historische Methode in Teamwork

Der historische Vergleich ist eine aufwendige Methode. Lange wurde er nicht gesucht, vermutete man ja besonders im Lichte des „Zeitalters der Ideologien“ (Karl Dietrich Bracher) apologetische und relativierende Tendenzen. Im Sinne wechselseitiger Aufrechnung und vordergründiger Instrumentalisierung zur politischen Vorteilserlangung ist der historische Vergleich auch wissenschaftlich unfruchtbar. Nur wenn die Unterschiede nicht aus dem Auge geraten, kann er auf Seriosität Anspruch erheben.

Im Zeichen wachsender Internationalisierung und der Interdisziplinarität der Geschichtswissenschaften wird der Vergleich aber nicht nur zur reizvollen intellektuellen Herausforderung, sondern auch zur wissenschaftlichen Maxime im Sinne weiterer Erkenntnisförderung. Dabei gilt es, im Kontext der historischen Entwicklung von Beziehungen zwischen Staaten und politischen Kulturen auch unterschiedliche Wahrnehmungen und Einschätzungen zu analysieren. Dies war ein wesentliches Motiv für die

Initiierung dieses Projekts eines Vergleichs zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Ferner ist festzustellen, dass die hier zur Betrachtung stehende 60-jährige Beziehungsgeschichte zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland mit ihren komplexen Fragestellungen von einer Einzelperson nicht bewältigt werden kann, weshalb ein ausgewähltes Team von ForscherInnen und ExpertInnen vom 26.–28. November 2006 zu einer Konferenz des Instituts für Geschichte an der Stiftung Universität Hildesheim eingeladen wurde, um eine Bestandsaufnahme zu leisten und eine Grundlage für weitere zukünftige Forschungen zu entwickeln. Für den vorliegenden Band konnten neben den damaligen ReferentInnen außerdem noch einige weitere AutorInnen gewonnen werden, um dem Verhältnis zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland im Aufriss, ausgehend vom Kriegsende über das Nachkriegszehnt 1945–1955 bis in die Gegenwart nachzuspüren.

Der methodische Ansatz dieses Projektes besteht darin, wo immer möglich, eine Themenstellung aus der österreichischen wie aus der bundesdeutschen Perspektive oder in einer Gesamtbetrachtung zu beleuchten und zu analysieren, um Parallelen, Strukturunterschiede sowie verschiedene Handlungsalternativen und konträre Lösungsmodelle deutlich zu machen. Wo immer dies von der Anlage der Beiträge nicht möglich war, liegt der Fokus auf dem bilateralen Bezug.

Angesichts des anvisierten größeren Zeitraums ist es klar, dass der unternommene Vergleich nicht alle Aspekte und Perspektiven des modernen geschichtswissenschaftlichen Paradigmas aufzugreifen vermochte. Einbezogen wurden Besatzungs-, Politik-, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte sowie Sicherheits- und Vergangenheitspolitik. Kulturgeschichtliche Fragestellungen, die für sich genommen schon ein enormes Feld unterschiedlicher Thematiken darstellen, müssen – mit Ausnahme der im Band berücksichtigten Erinnerungskulturen – einem zukünftigen Unternehmen vorbehalten bleiben.

## **2. Forschungsstand und Zielsetzung**

Die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland sind erst im letzten Jahrzehnt von der Forschung für die Nachkriegszeit stärker in den Blick genommen worden. Selbst für die Phase von 1945 bis 1955 stehen aber systematisch angelegte Vergleiche noch aus. Für die 1960er, 1970er, 1980er und 1990er Jahre sind die Beziehungen noch weitgehend unerforscht. 1996 wurde ein Sammelband „Ungleiche Partner?“<sup>1</sup> zum Verhältnis Österreich-Preußen/Deutschland für die Jahre 1815–1960 herausgegeben und darin

<sup>1</sup> Michael Gehler/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger (Hrsg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert* (Beiheft 15 der Historischen Mitteilungen der Leopold von Ranke-Gesellschaft), Stuttgart 1996.

erstmalig Nachkriegsbeiträge auf Aktenbasis verfasst. Dieses Referenzwerk kann als Ausgangsbasis für eine fortgesetzte wissenschaftliche Befassung mit der Materie gelten, ebenso die – allerdings viele Bereiche nicht abdeckende und z.T. sehr deutschlastige – Monographie von Matthias Pape, die für die Jahre 1945 bis 1965 unter dem Titel „Ungleiche Brüder“<sup>2</sup> in vermutlich bewusster Absetzung vom oben zitierten Titel erschienen ist.

Der nunmehrige Band verfolgt fünf grundsätzliche Zielsetzungen:

*Erstens* sollen Bestandsaufnahmen von Befunden durchgeführt werden, die vergleichende Perspektiven im großen Überblick ermöglichen; *zweitens* Grundlagen erarbeitet werden, die für zukünftige Spezialstudien einer Vertiefung von Einzelthemen den Weg weisen; *drittens* interdisziplinäre Ansätze (Politik-, Gesellschafts-, Wirtschafts- und Zeitgeschichte, Politikwissenschaft, Soziologie) in einer komparatistischen europäischen Zeitgeschichtsschreibung gefördert und *viertens* der Wert und die Bedeutung der Methodenvielfalt für die Erforschung der bilateralen Beziehungen Österreich-Deutschland/Deutschland-Österreich herausgestrichen sowie *fünftens* Austausch zwischen deutschen und österreichischen HistorikerInnen befördert und intensiviert werden. Dass es in diesem Bereich Defizite gibt, sprach auch Hans-Jürgen Schröder, emeritierter Professor der Universität Gießen, auf der Hildesheimer Tagung an: „Ich habe österreichische Historiker bisher nur im Ausland getroffen.“ Dabei habe es nicht nur eine Asymmetrie der Machtverhältnisse, sondern seitens der deutschen Zunft auch eine „Arroganz der Macht“ gegeben, ergänzte er.

Im Rahmen der Konferenz wurde das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich auf drei verschiedenen Beziehungsebenen reflektiert, d.h. hinsichtlich von

- (a) *Strukturen*, Politik, Gesellschaft, Handel, Wirtschaft und Währung,
- (b) *Perzeptionen*, v.a. auf der Ebene von Außen- und Sicherheitspolitik, sowie
- (c) *Rezeptionen*, insbesondere mit Blick auf das Erbe und den Auftrag der

Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte sowie die Entwicklung der gemeinsamen Zukunft in der EU.

Neben ausgewiesenen österreichischen, deutschen und internationalen FachexpertInnen kamen auch ehemalige Diplomaten – Gestalter des Geschehens und Zeitzeugen des Umbruchs 1989/90 – zu Wort, um ihre historischen Erfahrungen zu schildern. Zwei dieser Referate, die u. a. das spannende und noch völlig unaufgearbeitete Kapitel der österreichischen Perzeption der DDR bzw. der Einheit Deutschlands zur Diskussion stellen, sind im Anhang abgedruckt.

<sup>2</sup> Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln - Weimar - Wien 2000, siehe zuletzt auch Rolf Pfeifer, *Eine schwierige und konfliktreiche Nachbarschaft – Österreich und das Deutschland Adenauers 1953–1963* (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit, Marburger Beiträge 7), Hamburg - London 2003.

## II. Zum Inhalt des Bandes: Ausgewählte Beispiele

Sind die ersten Nachkriegsjahre der Beziehungen Bundesrepublik-Österreich relativ gut erforscht, so die folgende Jahrzehnte überhaupt nicht. Während die Bundesrepublik Gründungsmitglied der Montanunion und der EWG war, gehörte Österreich nur der EFTA an und profilierte sich v.a. im Rahmen des Europarats. Mit dem österreichischen EU-Beitritt 1995 fanden die jeweiligen Europa- und integrationspolitischen Wege schließlich im Rahmen der Europäischen Union zusammen. Unter dem gemeinsamen Dach „Europa“ sind die Beziehungen „zwangloser“ geworden. Das Verhältnis zwischen Bundesrepublik und Österreich war nämlich nie ganz so einfach, klar und problemfrei, wie es der äußere Anschein vermittelte. „Die Beziehungen sind eng und gut, abgesehen von kleineren Irritationen“, zitierte der ehemalige deutsche Diplomat, Graf Dietrich von Brühl, aus dem internen Schriftverkehr, als er zur Zeit der „Wende“ erster gesamtdeutscher Botschafter in Wien war.

### 1. Ungleiche Besatzungs- und Sicherheitspolitik

Die europäischen Wege beider Staaten verliefen nach 1945/49 auf unterschiedliche Weise. Hauptkriegsgegner war für die Sieger Deutschland, Österreich hingegen zu „befreien“. Die alliierte Deutschlandpolitik war strenger und restriktiver als die österreichische. In Berlin gab es den Alliierten Kontrollrat, in Wien „nur“ einen Alliierten Rat. Im Unterschied zur ehemaligen Reichshauptstadt fuhren die Alliierten in der früheren kaiserlichen Residenzstadt in einer eigenen interalliierten Zone zusammen als „Vier im Jeep“ herum. Griffen die Sowjets in den Wahlkampf in ihrer deutschen Zone ein, so unterließen sie dies in Österreich. In beiden Zonen wollten sie jedoch ein Modell für einen Gesamtstaat schaffen. Während sie mit der Anerkennung der von ihnen geförderten Renner-Regierung im Oktober 1945 in Österreich Erfolg hatten, waren sie mit ihrer auf einen deutschen Gesamtstaat ausgerichteten Politik bald gescheitert. Gelang in der deutschen SBZ bereits 1946 die zwanghafte Vereinigung von KPD und SPD zur SED, so ging das Konzept einer „Einheitspartei“ in Österreich nicht auf. Die SPÖ distanzierte sich klar von der KPÖ. Moskau hielt für Österreich an der staatlichen Einheit fest und lehnte Vorschläge der KPÖ-Führung für eine Teilung ab. Die Zerschlagung Deutschlands war allerdings nicht die einzige Option sowjetischer Deutschlandpolitik. Wolfgang Mueller von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften resümiert, Stalin habe weder nur auf eine DDR-Gründung als Modell für einen kommunistischen deutschen Einheitsstaat gesetzt, noch von Anfang an ein neutrales Österreich angestrebt. Im Unterschied zur sowjetischen war die amerikanische Nachkriegsplanung und Besatzungspolitik für Österreich eher dilettantisch, für Deutschland dagegen sehr intensiv.

Mit Blick auf den Marshall-Plan blieb die SBZ Österreichs Teil des Europäischen Wiederaufbauprogramms (ERP), wie später die UdSSR auch die Teilhabe der DDR an der EWG duldete (der innerdeutsche Handel war Teil des „Gemeinsamen Marktes“). Eine weitere Gemeinsamkeit gab es im Antikommunismus, der in Österreich wie in Deutschland seitens der US-Amerikaner in der Tradition der NS-Propaganda aktiviert wurde. Auffallend ist auch die unterschiedliche Entnazifizierungspraxis. Während Moskau den österreichischen Behörden die administrative Funktion überließ, wurde die Entnazifizierung in der DDR als Teil der sozialistisch-revolutionären Umgestaltung funktionalisiert. Im Unterschied zur SBZ in Deutschland gab es in Österreich keine Internierungslager für Nationalsozialisten. Dagegen existierten solche Lager in der US-Zone Österreichs in Glasenbach und in der britischen Zone in Wolfsberg. Zutreffend merkte der Wiener Militärgeschichtler Hofrat Dozent Erwin A. Schmidl an, dass die vier Alliierten in Österreich im Wesentlichen als Ganzes gesehen wurden, während in der Bundesrepublik der Grundsatz „Drei Alliierte gegen den Vierten“ galt. Die Bundeswehr war als „verkleinerte Wehrmacht“ eine westliche Bündnisarmee, während das Bundesheer über seinen Sinn und Zweck stets nachzudenken hatte. Erst in den internationalen Friedenseinsätzen realisierte es den eigenen Wert. Darin war es auch der Bundeswehr voraus.

## **2. Stabile politisch-ökonomische Strukturen**

Die politischen Systeme waren auf ihre jeweils eigene Weise stabil: Während sich in Westdeutschland die großen politischen Parteien in der Führungsrolle im Sinne von „Entweder-Oder“ abwechselten, regierte in Österreich das „Sowohl-als-Auch“ der Großen Koalition, die in der Bundesrepublik zu den Ausnahmen zählte. Der Föderalismus gehörte zum Grundkonsens beider Staaten, wobei der österreichische schwächer, allerdings für beide ein Ausdünnungsprozess typisch war. Während die Bundesrepublik als unitarischer Staat 1958 in die völlig neue EWG allmählich hineinwachsen und die Länderrechte entsprechend sichern konnte, wurde das zentralistische Österreich in die gewachsene EU von 1995 gleichsam hineingeworfen – und die Bundesstaatsreform blieb aus.

Die großen Themen, die für gesellschaftliche Struktur und gesellschaftlichen Wandel bedeutsam sind, skizziert der Grazer Soziologe Manfred Prisching. Er spannt den Bogen von der demografischen Entwicklung über Kirche und Religion, den Spuren von Europäisierung und Globalisierung bis hin zu kollektiven Sinndeutungen, die sich hier wie dort mit der Rückbesinnung verquickten. Diese fiel den ÖsterreicherInnen weit weniger schwer als den Deutschen: An „Sissi“ ließ sich leichter anknüpfen als an „Wilhelm II“. Auch kollektive Traumata werden angesprochen. Sie handeln in beiden Fällen von verspielter Größe, wobei der Erste Weltkrieg Österreich härter traf, der Zweite Weltkrieg Deutschland.

Erweiterte Bildungschancen definierten zunehmend die gesellschaftliche Mobilität, die Transformationsprozesse des sozio-ökonomischen Gefüges wiederum hielten das Hochschulwesen, zu dem Eva Pfanzelter von der Universität Innsbruck einen Artikel beisteuert, unter permanentem Anpassungsdruck. Die Bildungsideologien der gerade regierenden Parteien wiesen den Reformen den Weg. Die Bundesrepublik diversifizierte ihren tertiären Bildungsbereich früher als Österreich und hatte dann länger Zeit sich zu internationalisieren – ein Prozess, der in Österreich erst in den 1990er Jahren einsetzte. Im Unterschied zur Situation bei der „Wiedervereinigung“ war die deutsche Wirtschaft auf den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 gut vorbereitet. Seit damals hinkte Österreichs Wirtschaft der (bundes)deutschen stets hinterher. Dies änderte sich erst mit der deutschen Einheit 1990. Während das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Österreich zunahm, sank es in der vergrößerten Bundesrepublik. Österreich profitierte auch im besonderen Maße von der EU-Mitgliedschaft, was u.a. mit seiner Kleinheit zusammenhing. Österreichische Printmedien titelten nun stolz: „Wirtschaft Österreichs hängt Deutschland ab.“ Aus der Perspektive des österreichischen Außenhandels, dem sich ein eigener Beitrag widmet, stellte dies aber kein Grund zur Freude dar, denn die Bundesrepublik war stets wichtigster Aufnahmemarkt für österreichische Exporte. Umgekehrt besaß Österreich nie einen vergleichbaren Stellenwert als Handelspartner. Überhaupt standen die Unterschiede nicht nur im Umfang, sondern auch in der Zusammensetzung und in den Herkunfts- bzw. Bestimmungsregionen der ein- und ausgeführten Güter unter dem starken Einfluss der verschiedenen Größenverhältnisse der Nachbarländer.

In der Währungspolitik agierten beide Staaten wie ungleiche Geschwister. In der informellen Währungsunion mit der Bundesrepublik entwickelte sich weder eine enge Liebesbeziehung, noch gab es eine deutsche Bevormundung. Österreich nutzte die Vorteile im Europäischen Währungssystem der 1970er Jahre für sich, in dem es hohe Reallohnflexibilität und Hartwährungspolitik praktizierte, die als Anpassungsinstrumente und wie ein Trainingscamp für die spätere Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion dienten, wie der Ökonom Heinz Handler ausführt.

Wachsender Wohlstand animierte die Reiselust, das Alltagsgrau des Wiederaufbaus die Sehnsucht nach südlicher Exotik. Der in Tourismusgeschichte ausgewiesene Südtiroler Historiker Hans Heiss untersucht die Veränderungen der Gästeströme ins Urlaubsparadies Südtirol in den 1950er und 1960er Jahren, zu einer Zeit, als internationales Aufsehen erregende Anschlagswellen die dortige Autonomiebewegung dominierten. Das Beherbergungsgewerbe richtete sich in dieser Phase zunehmend auf den deutschen Gast aus, der seinen Aufenthalt nun auch als Solidaritätsakt betrachten konnte. Der Tourismus erwies sich in Österreichs „zehntem Bundesland“ als „Brücke zur ‘Mutternation’ Deutschland, die

sich zunehmend über Österreich hinweg zu wölben begann“.

### **3. Unterschiedlicher Umgang mit der Vergangenheit**

Nicht nur für die alliierten Befreier, auch für österreichische Wehrmachtssoldaten stellte sich die Frage nach ihrer „österreichischen“ und/oder „deutschen“ Identität. Robert Billinger hält für die Kriegsgefangenen-Camps in den USA fest, dass es die Mehrheit der österreichischen Inhaftierten unterließ, sich von den deutschen Kameraden abzugrenzen. Die Ursache dafür sieht er aber keineswegs allein in pro-nazistischen und/oder „völkischen“ Einstellungen.

Dagegen entschlüsseln die Oral Historians Roswitha Breckner und Wolfgang Weber anhand zweier Fallstudien konträre Zugänge von Veteranen zur eigenen Vergangenheit, denen aber gemeinsam ist, dass pro-österreichische Bekenntnisse als „Gegengewicht“ zur vorhandenen Faszination hinsichtlich der NS-Zeit eingesetzt werden.

Während das Grundgesetz von 1949 die Rechtsnachfolge der Bundesrepublik und damit auch die (eingeschränkte) Haftung für NS-Verbrechen festschrieb, erfolgte in Österreich die „Instrumentalisierung der Opferthese“ (Günter Bischof). Als Konsequenz daraus kam es nur in der Bundesrepublik zur Gründung einer speziellen Institution zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Für Österreich war ein insgesamt wesentlich laxeres Vorgehen kennzeichnend, da ja NS-Straftaten das Bild vom ersten Opfer der Hitlerschen Aggression konterkarierten. Eine Parallele in der Entnazifizierung bestand jedoch darin, dass die Sanktionen gegen die ParteigängerInnen der NSDAP, dem Primat der Ökonomie folgend, bereits Ende der 1940er Jahre mittels Massenamnestien „ein undramatisches und leises Ende“ (Wolfgang Weber) fanden.

Die Opferthese beschränkte und verzögerte auch Maßnahmen zur „Wiedergutmachung“. So kann die Rückerstattung von arisiertem Eigentum in Deutschland, teilweise mitbedingt durch eine strengere alliierte Aufsicht, als gelungen bezeichnet werden, in Österreich blieb sich dagegen „unzureichend“. Und auch die Lösungen zur Entschädigung für geraubtes Vermögen zeichneten sich in der Bundesrepublik durch vergleichsweise großzügigere Regelungen aus. Matthias Stickler von der Universität Würzburg geht auf die unterschiedliche Behandlung von Heimatvertriebenen in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ein. Diese Frage besaß für das österreichische Selbstverständnis weit weniger Bedeutung. An den „volksdeutschen Flüchtlingen“ hatte die Zweite Republik kein Interesse. Wien wollte sie rasch und auf billige Weise loswerden und wälzte die Verantwortung für die eigentlich z.T. als „Altösterreicher“ zu bezeichnenden Vertriebenen auf die Bundesrepublik ab. Diese Maximen galten auch für die Donauschwaben Ungarns, deren Ausweisung bzw. Fortschaffung nach dem Zweiten Weltkrieg Reinhard Olt in aller Dramatik und Eindringlichkeit schildert.

Jürgen Elvert vergleicht die mittlerweile selbst schon zum Bestandteil der (Wissenschafts)geschichte gewordene Kontroverse um die Thesen des Kieler Historikers Karl-Dietrich Erdmann über den Standort Österreichs in der deutschen Geschichte, die in der österreichischen Zunft heftige Reaktionen auslösten, mit dem mehr oder weniger zeitgleich geführten „Historikerstreit“ um den „historische[n] Standort der westdeutschen Bundesrepublik und dessen ideelle Grundlagen“. Den Debatten hüben und drüben war gemeinsam, dass sie um Fragen der nationalen Identität kreisten und um Geschichte als Argument in diesem Zusammenhang. Entscheidender Drehpunkt beider Diskussionen war der Nationalsozialismus. Der Überblick der Wiener Politologin Karin Liebhart zur Gedächtnispolitik mit ihren teils übereinstimmenden, teils variierenden Zäsuren, die auf Konsequenzen für die Diskurse über die nationalsozialistische Vergangenheit in den beiden Nachbarstaaten geprüft werden, bilden den Abschluss dieses Themenblocks.

#### **4. Deutsche Einheit, Zukunft „Europa“ und Fazit**

Als die Mauer in Berlin gefallen war, stattete Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky der neuen DDR-Führung unter Hans Modrow als erster westlicher Politiker einen Besuch ab, betonte die Neutralitätspolitik und unterbreitete ein Offert zur Entlastung der DDR-Wirtschaft, musste dann aber im Frühjahr 1990 durch eine Politik der Anpassung an die veränderten Umstände die unabänderliche Entwicklung zur Einheit Deutschlands hinnehmen und sich positiv dazu stellen. Ein Motiv für den Wandel in der österreichischen Position lag dabei in der angestrebten bundesdeutschen Unterstützung für den EG-Beitritt.

Wolfram Kaiser schildert die Irritationen und Verwerfungen im Zuge der EU-14-Boycottmaßnahmen gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2000 unter dem Blickwinkel der deutschen Parteienpositionen und -reaktionen. Sowohl für die rot-grüne Regierung als auch die Opposition lieferte die Sanktionspolitik Munition für den innenpolitischen Schlagabtausch.

Simon Gruber beschäftigt sich in seiner Studie mit der Herausforderung der so genannten „EU-Osterweiterung“, d.h. der politischen Vereinigung der Kontinents, und den Konsequenzen mit Blick auf die deutschen und österreichischen Handlungsmuster, aber auch auf die bilateralen Beziehungen.

Die immer enger werdenden Kooperation im Bereich der inneren und äußeren Sicherheitsgewährleistung der Europäischen Union ist eine noch sehr frische, tagespolitische Brisanz aufweisende und in die Zukunft hinein reichende Thematik. Martin David skizziert die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Österreich und Deutschland sowie der Tschechischen Republik.



Das knappe Fazit des Vergleichs auf mehreren Ebenen und in verschiedenen Belangen lautet: Neben staatlicher, föderalistischer, bündnis- und sicherheitspolitischer Differenz und Ungleichheit war sozial-, wirtschafts- und währungspolitische Ähnlichkeit und Gleichheit gegeben. Die unterschiedliche Entschädigungs- und Restitutionspolitiken leiteten sich aus den verschiedenen Selbstverständnissen nach dem Zweiten Weltkrieg ab, wobei sich Österreich seinen „eigenen“ Standpunkt leisten konnte, weil es sich im Windschatten der deutschen Entwicklung bewegte. Im Unterschied zur Epoche von 1866 bis 1938/45 – die als Grundlage in zwei einleitenden Beiträgen dargestellt wird – existierte nach 1945 ein starkes gemeinsames Bewusstsein kaum mehr. Der „Anschluss“ von 1938 stand für ein „deutsches Europa“. Sein Ende ermöglichte das neue Österreich. Dessen Anerkennung durch die Bundesrepublik war Ausdruck für ein neues europäisches Deutschland. Vor diesem Hintergrund konnte Österreich 1995 problemloser als zu früheren Zeiten der EU beitreten und die „Verfreundung“ (in Anspielung eines Wortes der österreichischen Diplomatin Gabriele Matzner) der beiden Nachbarn fortschreiten.

Die europäischen Wege der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs verliefen die längste Zeit (von 1945/49 bis 1995) auf unterschiedliche Weise. Österreich hatte im Jahre 2006 die EU-Präsidentschaft inne, die Bundesrepublik Deutschland folgte nach Finnland in der ersten Hälfte 2007 mit dem EU-Vorsitz. Auch vor diesem Hintergrund lohnte ein Rückblick im Wege eines systematisch angelegten historischen Vergleichs.

### **III. Widmung und Danksagung**

An der Stiftung Universität Hildesheim wird im Rahmen des zu profilierenden Instituts für Geschichte ein Forschungsschwerpunkt „Vergleichende europäische Zeitgeschichte“ etabliert. In diesem Kontext versteht sich das hier beschriebene Vorhaben als Auftakt für weitere vergleichende Länderstudien. Gleichzeitig wurde die Konferenz zu Ehren von o.Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger, seit 1984 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, abgehalten, der sich – wovon das Werkverzeichnis im Anhang zeugt – für die Zeitgeschichtsforschung in Österreich und der Bundesrepublik sehr verdient gemacht hat. Rolf Steininger feiert im August 2007 seinen 65. Geburtstag und zu diesem Anlass werden die Ergebnisse der Tagung auch publiziert.

Die Tagung wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht Freunde, Gönner und Förderer aktiv geworden wären. In erster Linie ist Botschafter Dr. Christian Prosl zu erwähnen, der das Vorhaben großzügig durch das Kulturforum der Österreichischen Botschaft in Berlin unterstützt sowie weitere Finanzhilfen durch die Alfred Herrhausen-Stiftung in die Wege geleitet hat. Die Aktion Jean Monnet der Europäischen Union sowie die Ranke-Gesellschaft

haben ihren Teil zum Zustandekommen der Tagung beigetragen. Andreas Pudlat, M.A., hat für die Vorbereitung der Drucklegung wertvolle Hilfe geleistet. Dank ist dafür seitens der Herausgeberin und des Herausgebers abzustatten, generell auch allen Förderinstitutionen für die Zuschüsse zu den Druckkosten, dem Studienverlag und hier insbesondere Frau Mag. Elisabeth Wagner, welche die Produktion in gewohnt umsichtiger Weise betreute, sowie last but not least den BeiträgerInnen. Alle haben sich sehr eingesetzt, für den Jubilar einen stattlichen Band zu veröffentlichen.

Hildesheim – Innsbruck, im Juni 2007

Prof. Dr. Michael Gehler  
Jean Monnet Chair für Europäische Geschichte  
Direktor der Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim

Univ.Ass. Mag. Dr. Ingrid Böhler  
Institut für Zeitgeschichte  
Universität Innsbruck